Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 27 | Dresden, Dienstag, 2. Februar | 1932

Aufruf des Hindenburg-Ausschusses.

Berlin, 1. Februar.

Der Hindenburg-Ausschuß hat heute abend folgenden Aufruf erlassen:

Das Volk will Hindenburg!

Deutsche!

In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Überzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg! Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Woche von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist die Überwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Keiner darf beiseite stehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutscher! Dein Name gehört Hindenburg!

Berlin, 1. Februar 1932.

Der Hindenburg-Ausschuß.

Oberbürgermeister Dr. Sahm, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, Oberpräsident v. Batocki, Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, Verbandsvorsitzender Bechly, Oberbürgermeister Dr. Belian, Staatsminister a. D. Dr. Dominicus, Geheimrat Professor Dr. Duisberg, Oberpostbaurat Echternach, Dr. Hermann Fischer, Wilhelm Flügel, Landesbaurat Fritz, Reichswehrminister a. D. Geßler, Frau Anna v. Gierke, Präsident Dr. Grund, Heinrich Grünfeld, Dr. Gerhart Hauptmann, Geheimrat Dr. Georg Heim, Frau Geheimrat Heßberger, Oberbürgermeister Jarres, Professor Dr. Junkers, Präsident D. Dr. Kapler, Generalsuperintendent D. Karow, Staatssekretär a. D. Kempner, Dr. Kleemann, Prälat Dr. Kreutz, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, Freiherr v. Landsberg-Steinfurt, Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer, Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. Lewald, Professor Dr. Max Liebermann, Artur Mahraun, Geheimrat Dr. Oskar v. Miller, Präsident Dr. Mulert, Oberpräsident Gustav Noske, Geheimrat Professor Dr. Oncken, Verbandsvorsitzender Otte, Geheimrat Professor Dr. Planck, Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott, Bischof Dr. Schreiber, Dr. Solmssen, Professor Dr. Philipp Stein, Professor Dr. Thielemann-Bonn, Dorothea v. Velsen, Geheimer Kommerzienrat Wanner, Frau Ministerialrat Weber, Generalmajor v. Winterfeldt und Frau Dr. von Zahn-Harnack.

•

Zur Ausführung des Aufrufs für die Wiederwahl Hindenburgs teilt der Hindenburg-Ausschuß mit:

Ein von den Parteien unabhängiger Wahlvorschlag muß die Unterschrift von 20000 Wählern tragen. Es gilt, diese Zahl möglichst schnell zusammenzubringen. Deshalb ist die deutsche Presse gebeten worden, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag „Hindenburg" auszulegen. Dadurch soll die gesetzliche Vorschrift erfüllt und zugleich eine spontane Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten v. Hindenburg ermöglicht werden. Diese Kundgebung bedeutet die Bitte an den Reichspräsidenten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Die Einzeichnungslisten werden von den Zeitungen, die sich hierzu bereitfinden, von Mittwoch, den 3. Februar, bis einschließlich Sonnabend, den 6. Februar, ausgelegt.

Im Auftrag des Hindenburg-Ausschusses
gez. Dr. Sahm.

•

Die „Sächsische Staatszeitung" legt die Listen zum Einzeichnen in ihrer Geschäftszeit von 8 bis 16 Uhr in ihrer Geschäftsstelle, Große Zwingerstr. 16, Erdgeschoß, aus.

•

Der Aufruf im Spiegel der Presse.

Berlin, 2. Februar.

Der Aufruf wird von der Mehrzahl der Morgenblätter mit zustimmenden Kommentaren und Überschriften veröffentlicht. Außer in den kommunistischen Blättern „Berlin am Morgen" und „Rote Fahne" findet der Aufruf lediglich in der rechtsradikalen „Deutschen Zeitung" eine ausgesprochene Ablehnung, die ausführt, daß die Frage, ob das deutsche Volk Hindenburg wolle oder nicht, noch nicht untersucht werden solle; daß es den Ausschuß des Herrn Sahm nicht beauftragt habe, seinen Willen zu verkünden, stehe fest, um so mehr nachdem alle großen nationalen Organisationen sich dem Rufe Sahms versagt hätten. Vielleicht ziehe der Feldmarschall, für den die verunglückten Experimente der Mitte höchst peinlich sein müssen, nunmehr selbst gewisse Folgerungen gegenüber diesen und ähnlichen Unternehmungen.

Die Blätter des Scherl-Verlages „Lokal-Anzeiger" und „Tag" äußern sich mit Zurückhaltung. Sie unterstreichen die Tatsache, daß der Aufruf nichts von einer Bereitwilligkeit des Reichspräsidenten sage, die Kandidatur auf Grund eines Aufrufes des Ausschusses zu übernehmen, und schließen daraus, daß der Reichspräsident sich noch nicht entschieden habe.

Der „Lokal-Anzeiger" nennt dazu noch eine Reihe von Namen führender Männer, die sich dem Ausschuß nicht angeschlossen hätten, obwohl sie vorher genannt worden seien, unter ihnen Dr. h. c. Brandes, Reichskanzler a. D. Dr. Cuno, Eckener, der Vorsitzende der vaterländischen Verbände, Graf v. d. Goltz, der Präsident des Reichskriegerbundes, General v. Horn, der Erste Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach, der Führer der Freien Gewerkschaften, Dr. Leipart, Geheimrat Dr. Ravené, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Gouverneur z. D. Dr. Schnee, der Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte.

Auch die „Börsenzeitung" bringt lediglich diesen Hinweis auf die Nichtunterzeichner und nennt die Zurückhaltung charakteristisch.

Berlin, 2. Februar.

Der „Vorwärts" nimmt zu dem Aufruf nicht weiter Stellung. Er spricht lediglich von der starken Betonung des „Militärischen".

Im Gegensatz zu diesen Blättern stehen die Ausführungen der übrigen Presse, die mit starker Betonung die Forderung des Sahm-Ausschusses auf Wiederwahl Hindenburgs unterstreichen.

•

Die Wirtschaftspartei für Hindenburg.

Berlin, 1. Februar.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Montag eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie den Bericht der Abgeordneten Dr. Bredt und Mollath entgegennahm, die beim Reichskanzler wegen der Reichspräsidentenwahl vorstellig geworden waren. Die Fraktion bekannte sich einmütig zur Kandidatur Hindenburgs und brachte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ weiter meldet, zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage komme.

Die Fraktion billigte ferner einmütig die Haltung des Abgeordneten Jörissen im Strafrechtsausschuß des Reichstages und die von ihm im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß die Wirtschaftspartei angesichts des Fernbleibens der deutschnationalen und nationalsozialistischen Vertreter eine Weiterberatung der Strafrechtsreform durch den Ausschuß für zwecklos halte und sich daher gleichfalls an den Ausschußsitzungen nicht weiter beteiligen werde. Zur Frage einer früheren Einberufung des Reichstages wurde noch nicht endgültig Stellung genommen.

•

Der Evangelische Volksdienst Westfalens stimmt zu.

Essen, 1. Februar.

Der Evangelische Volksdienst Westfalens hat an Oberbürgermeister Dr. Sahm folgendes Telegramm gerichtet:

Der Evangelische Volksdienst begrüßt Ihr Eintreten für die Wiederwahl Hindenburgs aufs wärmste und wünscht Ihren Bestrebungen im Interesse des deutschen Volkes vollen Erfolg.

In einem Telegramm an den Reichspräsidenten hat der Evangelische Volksdienst gleichzeitig die Bitte ausgesprochen, daß der Präsident zum Heil des deutschen Volkes erneut das schwere Opfer auf sich nehmen werde, als Reichspräsident zu kandidieren.

•

Die Vorgeschichte des Hindenburg-Ausschusses.

Berlin, 1. Februar.

Oberbürgermeister Dr. Sahm äußerte sich heute abend vor Vertretern der Presse über die Vorgeschichte der Bildung des Hindenburg-Ausschusses. Er wies darauf hin, daß nach dem Scheitern des Versuches, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege zu erreichen, eine große Beunruhigung im deutschen Volke entstanden sei und die Gefahr

Eingreifen des Preiskommissars beim mitteldeutschen u. ostelbischen Braunkohlensyndikat.

Berlin, 1. Februar.

Die Regelung der Preise beim Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat hat, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, in Verbraucherkreisen starke Mißstimmung hervorgerufen. Auf Grund der letzten Notverordnung sind nun lediglich die sogenannten Reichsanzeigerpreise, die tatsächlich nur auf dem Papier standen, um 10 Proz. gesenkt worden. Für die Verbraucher ist daher vielfach eine effektive Preisermäßigung überhaupt nicht eingetreten und es ist verständlich, daß man mit diesem negativen Ergebnis der Preissenkungsaktion außerordentlich unzufrieden ist. Anderseits besteht jedoch die Tatsache, daß das Syndikat die ihm durch die Notverordnung auferlegte Preissenkungsverpflichtung formell erfüllt hat. Kohlenwirtschaftsorgane und Reichswirtschaftsministerium haben sich mit dieser Angelegenheit bereits befaßt und sind offenbar zu der Einsicht gekommen, daß für sie ein Vorgehen auf Grund der Notverordnung nicht möglich ist. Doch sind die Beschwerden an den Reichskommissar für Preisüberwachung weitergeleitet worden und Dr. Goerdeler wird schon in den allernächsten Tagen die Verhandlungen aufnehmen. Der Reichskommissar hat bekanntlich unbeschränkte Vollmachten; trotzdem hofft man offenbar in diesem Falle ohne einen Zwangseingriff auskommen zu können. Man will vielmehr versuchen, die Werke des mitteldeutschen Braunkohlensyndikates zu einem — vielleicht zeitlich begrenzten — freiwilligen Entgegenkommen zu veranlassen. Gleichzeitig hat der Preiskommissar, wie das „Berliner Tageblatt" weiter hört, ein Eingreifen in die Preisverhältnisse beim ostelbischen Braunkohlensyndikat beschlossen. Auch hier finden die Verhandlungen bereits in den nächsten Tagen statt und sollen gleichfalls mit aller Beschleunigung zum Abschluß gebracht werden.

Die ersten Wirkungen der Preissenkungs-Aktion.

Berlin, 1. Februar.

Das Preußische Statistische Landesamt berichtet in der „Statistischen Korrespondenz" über die Preisentwicklung wichtiger Lebensbedürfnisse im ersten Halbmonat Januar 1932 und stellt auf Grund der Angaben von 51 Gemeinden über die ersten Wirkungen der neuerlichen Preissenkungsbestrebungen folgendes fest:

Die Preissenkungen blieben zwar auch im ersten Halbmonat Januar bei den meisten Waren weiterhin gering, doch ist zu beachten, daß viele Artikel sich bereits auf einem wesentlich gesenkten Preisstand befinden. Wo, wie bei Gemüse und Kartoffeln, in der letzten Zeit Preiserhöhungen eingetreten sind, sind sie in der Jahreszeit begründet. Verhältnismäßig am stärksten war in der ersten Januarhälfte der weitere Rückgang der Butterpreise. Die Fleischpreise, die im Dezember noch stärker zurückgegangen waren, konnten sich ungefähr behaupten. Infolge der milden Witterung haben entgegen der sonst üblichen Preisbewegung in dieser Jahreszeit die Eierpreise bereits im Dezember und weiter im Januar nachgelassen.

Neuerdings haben auch die Preise solcher Waren Senkungen erfahren, die sich seit längerer oder kürzerer Zeit sehr unelastisch gezeigt hatten. Von den Lebensmitteln ist der Brotpreis in den meisten Orten etwas herabgegangen (im Gesamtdurchschnitt allerdings nur um 0,8 Rpf. je kg). Gleichfalls in geringem Maße senkte sich der Preis für Bohnenkaffee. Braunkohlenbriketts sind etwa 16 Proz. billiger geworden. Sogar die Preise für Gas und elektrischen Strom haben, wenn auch nur zum kleinen Teil, ihre Starrheit aufgegeben. Die Preise für Gas sind in zehn Gemeinden, für Elektrizität in fünf Gemeinden herabgesetzt worden.

Das Maß der Preissenkungen gegenüber den Vorjahren ist für die einzelnen Waren verschieden. Gegenüber 1929 bildet die einzige Ausnahme von der allgemeinen Senkung der Zuckerpreis (Steuer). Verhältnismäßig am wenigsten beweglich sind die Preise für Mehl, Brot und Weizenkleingebäck. Der Brotpreis lag im Gesamtdurchschnitt im Dezember 1931 4,5 Proz. über dem vom Dezember 1930; er war im Dezember 1930 jedoch 8 Proz. niedriger als im Dezember 1929. Die stärksten Preissenkungen zeigen sich bei Fleisch und Fetten, die gegenüber 1929 etwa 30 bis 44 Proz. betragen. Die Senkung des Milchpreises im Dezember 1930 gegen Dezember 1929 beträgt rund 24 Proz., die des Eierpreises rund 31 Proz. Die Preise für Kartoffeln sind 14 Proz. niedriger als im Dezember 1929 und 8 Proz. höher als im Dezember 1930. Die Vorkriegspreise sind bei einzelnen Waren erreicht, z. T. unterschritten.

Bei den Lebenshaltungskosten insgesamt ergeben sich für den ersten Stichtag im Januar 1932 etwas stärkere Rückgänge gegenüber Dezember 1931, als in den vorangegangenen Monaten festzustellen waren. Sie werden in der Hauptsache durch die Mietsenkung (infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931) hervorgerufen. Die Mietkosten (Altwohnungen) haben sich nach den Angaben für den ersten Stichtag ziemlich einheitlich um etwa 7 Proz. ermäßigt. Auch in der Gruppe Heizung und Beleuchtung sind infolge der Herabsetzung der Kohlenpreise die Ausgaben zurückgegangen. In den Gesamtausgaben ergeben sich infolge der örtlichen Verschiedenheiten bei den anderen Gruppen voneinander abweichende Senkungen. Der Rückgang im Staatsdurchschnitt beträgt im ersten Halbmonat Januar gegenüber Dezember 1931 3,5 v. H.